informationen
177 | 2021-3

2 Das ist noch nicht genug, Herr Koch! | 3 »Hört auf, uns zu töten!« | 7 Für einen neuen Dialog der Großmächte

10 Jahre »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«

Kunstaktion vor dem Reichstagsgebäude im Februar 2012
Foto: Samantha Staudte / IPPNW

Ein langer Atem zahlt sich eben doch aus! Am 6. Mai 2011 wurde das größte zivilgesellschaftliche Bündnis gegen deutsche Rüstungsexporte gegründet. Auf den Tag genau 10 Jahre später verhandelte der Bundesgerichtshof in Karlsruhe die Revision im Fall illegaler Sig Sauer-Exporte nach Kolumbien. Der Prozess – angestoßen durch eine Strafanzeige der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« – ist einer der vielen Erfolge, die das Bündnis in den letzten Jahren erzielen konnte.

Mehr als hundert friedens- und entwicklungspolitische Organisationen bilden die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«. Ohne Rüstung Leben hat darunter von Beginn an eine gestaltende Rolle übernommen. Wir sammelten einen großen Teil der über 95.000 Unterschriften für ein grundsätzliches Rüstungsexportverbot in Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes. Und wir koordinierten die Kampagne »Made in Germany«, die mit aufsehenerregenden Plakatmotiven in der Berliner U-Bahn deutsche Rüstungsexporte in Krisenregionen anklagte.

Öffentlichkeitswirksame Aktionen sind eines der Instrumente, mit denen das Bündnis auf die folgenschwere deutsche Rüstungsexportpolitik aufmerksam macht. Mit Erfolg: Laut einer repräsentativen Greenpeace-Umfrage aus dem Jahr 2020 sind mittlerweile 70 Prozent der Bevölkerung für ein Gesetz, das Waffenlieferungen an kriegführende Staaten, in Krisengebiete oder an Länder außerhalb der EU oder NATO verbietet. Ein solches Rüstungsexport-

kontrollgesetz ist nun auch im politischen Berlin in aller Munde. Im Wahljahr kommt es daher darauf an, mit den Kandidierenden über die konkrete Ausgestaltung zu diskutieren. Unsere Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021 sind dabei eine gute Argumentationshilfe.

Darüber hinaus thematisiert Ohne Rüstung Leben vor allem die Folgen deutscher Kleinwaffenexporte. Im Rahmen unserer Arbeit als Kritische Aktionärinnen und Aktionäre konfrontierten wir Heckler & Koch immer wieder mit Fragen und Kritik. Außerdem haben wir die Gerichtsprozesse zu Sig Sauer und Heckler & Koch intensiv begleitet. So trugen wir unseren Teil dazu bei, dass sich die Bundesregierung im Jahr 2019 dazu bekannte, grundsätzlich keine Kleinwaffenexporte mehr in Drittstaaten zu genehmigen. Wenngleich dieses Bekenntnis noch längst nicht ausreicht, ist es doch ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung!

Heckler & Koch selbst gab sich angesichts des zunehmenden öffentlichen Drucks im Jahr 2016 eine *Grüne-Länder-Strategie*. Danach sollten Kleinwaffen des Herstellers zumindest nur noch an Länder geliefert werden, die bestimmten Kriterien entsprechen. Eine Beschränkung, zu der sich bisher noch kein anderes Rüstungsunternehmen so öffentlichkeitswirksam bekannt hat. Wer genauer hinsieht, erkennt jedoch die Schwächen und Hintertüren dieser Strategie. Unsere Kontrolle ist weiterhin dringend nötig, damit von Deutschland nicht länger Krieg, Unterdrückung und Gewalt exportiert werden kann.

Charlotte Kehne und **Simon Bödecker**

Das ist noch nicht genug, Herr Koch!

Aktionspostkarte an den Vorstand der Heckler & Koch AG

Absender/-in

Name

Straße

PLZ, Ort

Sehr geehrter Herr Dr. Koch,

Kleinwaffen sind die wohl tödlichste Waffenart unserer Zeit! Heckler & Koch betont seine besondere unternehmerische Verantwortung als Kleinwaffenhersteller und bezeichnet sich als »Vorreiter einer verantwortungsvollen Exportstrategie«. Doch Ihre *Grüne-Länder-Strategie* ist weiterhin unzureichend.

Ich fordere Sie deshalb auf:

Verschärfen Sie Ihre Strategie, anstatt sie aufzuweichen.
Heckler & Koch-Waffen dürfen nie wieder in Kriegen, bei Gewalttaten oder Menschenrechtsverletzungen zum Einsatz kommen!

Mit freundlichen Grüßen

Datum, Unterschrift

© Ohne Rüstung Leben · Arndtstraße 31 · 70197 Stuttgart · Tel.: 0711 608396 · orl-info@gaia.de

Bitte mit 60 Cent freimachen

An den
Vorstand der Heckler & Koch AG
Dr. Jens Bodo Koch
Heckler-und-Koch-Straße 1
78727 Oberndorf am Neckar

Der Kleinwaffenhersteller Heckler & Koch weicht die Beschränkungen aus seiner *Grüne-Länder-Strategie* auf. Senden Sie unsere Aktionspostkarte an den Vorstandsvorsitzenden Dr. Jens Bodo Koch und fordern Sie mit uns:

Verschärfen Sie Ihre Strategie, anstatt sie aufzuweichen. Heckler & Koch-Waffen dürfen nie wieder in Kriegen, bei Gewalttaten oder Menschenrechtsverletzungen zum Einsatz kommen!

Aktionspostkarten erhalten Sie kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstr. 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, orl-info@gaia.de.
Diese Aktion und unseren Offenen Brief an Heckler & Koch finden Sie auch unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

klimaneutral
natureOffice.com | DE-077-111222
gedruckt

»Hört auf, uns zu töten!«

Neue Studie zum Einsatz deutscher Waffen in Brasilien

Kinder sind besonders gefährdet: Ein Polizeieinsatz in Rio de Janeiro
Foto: Bruno Itan, #olharcomplexo

Bei Gewalttaten von Polizei und Militär in Brasilien kommen auch Schusswaffen aus deutscher Produktion zum Einsatz. Unter den kriegsähnlichen Zuständen leiden vor allem die Menschen in ärmeren Stadtvierteln – viele der Opfer sind Kinder und Jugendliche. Das zeigt eine neue Studie von terre des hommes (Deutschland / Schweiz) und dem Instituto Sou da Paz (Brasilien).

Kaum zur Rechenschaft gezogen

Seit 2013 steigt die Zahl der Todesopfer von Polizeigewalt in Brasilien stetig an. »Jeden Tag sterben in Brasilien vier Kinder und Jugendliche durch Polizei und Militär«, sagt Ralf Willinger, Kinderrechtsexperte von terre des hommes Deutschland. In manchen Randvierteln São Paulos ist die Polizei für fast die Hälfte aller gewaltsamen Tode verantwortlich. Gewalttätige Polizistinnen, Polizisten oder Militärs werden in Brasilien jedoch kaum zur Rechenschaft gezogen. Viele brasilianische Militär- und Polizeieinheiten, darunter auch berüchtigte Spezialeinheiten, sind mit dem gesamten Spektrum von Kleinwaffen der Hersteller Sig Sauer und Heckler & Koch ausgestattet: Pistolen und Maschinenpistolen ebenso wie Scharfschützen- und Sturmgewehre. Daran ändert auch nichts, dass Heckler & Koch seit 2019 keine neuen Waffen mehr nach Brasilien geliefert hat.

Hinrichtung mit MP 5 von Heckler & Koch

Mit mehreren Fallstudien gibt die Studie den abstrakten Zahlen ein menschliches Gesicht. Basierend auf akribischen Recherchen dokumentiert sie die Verwicklung von Kleinwaffen deutscher und schweizer Hersteller in Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen. Ein Beispiel dafür ist der Mord an Marielle Franco und ihrem Fahrer Anderson Gomes, der als politische Hinrichtung gewertet wird. Marielle Franco war Stadträtin von Rio de Janeiro, 38 Jahre alt, schwarz, homosexuell und Mutter. Sie setzte sich für Minderheiten ein und arbeitete an der Aufdeckung von Fällen staatlicher Gewalt. Erschossen wurde sie mit einer MP 5-Maschinenpistole von Heckler & Koch.

Kerstin Deibert

Mehr zur Studie *Hört auf uns zu töten! Polizeigewalt gegen Kinder und Jugendliche in Brasilien und Waffenhandel* finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten und unter www.tdh.de/polizeigewalt.

»Die Würde der Menschen ist unser Motor«

Interview mit der Anwältin Sofía de Robina

Sofía de Robina bei ihrem Besuch in Stuttgart im September 2018
Foto: Jens Volle

Am 26. September 2014 wurden Lehramtsstudenten aus Ayotzinapa von mexikanischen Polizeikräften angegriffen. Dabei wurden nachweislich auch G 36-Gewehre des Herstellers Heckler & Koch eingesetzt. 43 Studenten gelten seitdem als verschwunden, weitere wurden in der Nacht ermordet oder verletzt. Wir sprachen mit Sofía de Robina, Anwältin beim Centro de Derechos Humanos Miguel Agustín Pro Juárez (Centro Prodh). Die Menschenrechtsorganisation repräsentiert und begleitet die Familien der Betroffenen.

Liebe Sofía, was hat dich zur Menschenrechtsarbeit bewegt?

Die Arbeit in einem Team wie dem des Centro Prodh hat es mir möglich gemacht, meine Werkzeuge jenen Menschen zur Verfügung zu stellen, die am eigenen Leibe Gewalt erfahren, von den Behörden im Stich gelassen werden und ihrem Missbrauch ausgeliefert sind. Aber auch den Menschen, die mit ihrem Weg zu einer Hoffnung für die Resilienz und den Aufbau eines gerechteren und gleichberechtigteren Landes werden. Die Würde der Menschen, die wir begleiten, ist unser Motor.

Worin besteht der Kampf für Gerechtigkeit im Fall der Studenten von Ayotzinapa und wie ist die aktuelle Situation?

Seit jener tragischen Nacht des 26. September 2014 fordern die Familien der verschwundenen Studenten Wahrheit und Gerechtigkeit. Der Beharrlichkeit der Familien ist es zu verdanken, dass mittlerweile eine Präsidialkommission ins Leben gerufen wurde, die das Vorgehen der Behörden bei der Weiterbetreibung des Falles koordiniert. Die Untersuchungen werden nun von einer spezialisierten Staatsanwaltschaft vorangetrieben, die zu diesem Zweck gegründet wurde. Zudem ist es vor einiger Zeit gelungen, die menschlichen Überreste von zwei der verschwundenen Studenten zu identifizieren.

Das zeigt, wie wichtig es ist, die Suche fortzuführen. Die Familien wollen nach wie vor erfahren, wo ihre Angehörigen sind – ebenso wie die der mehr als 80.000 Verschwundenen, die in Mexiko offiziell anerkannt sind.

Du bist anlässlich des Hecker & Koch-Prozesses gemeinsam mit Leonel Gutiérrez nach Deutschland gereist, um den Fall Ayotzinapa hier zu repräsentieren. Aldo, der Bruder von Leonel, wurde in der Nacht des 26. September 2014 von einer Kugel der Polizei getroffen und liegt seither im Koma. Die Polizei von Iguala war auch mit G 36-Gewehren ausgerüstet, obwohl diese nie in den Bundesstaat Guerrero hätten gelangen dürfen. Wie konntet ihr den Prozess in Deutschland für eure Arbeit in Mexiko nutzen?

Als wir erfuhren, dass dank der Bemühungen der deutschen Organisationen ein Verfahren wegen illegaler Exporte in Stuttgart eingeleitet wurde, ersuchten wir das Gericht, die Familie Gutiérrez Solano als Opfer im Prozess anzuerkennen. Leider entschied das Gericht, dass Aldo nicht als Opfer anerkannt werden könne. Dennoch beschlossen wir, mit Leonel nach Deutschland zu reisen. Leonel hat Aldo in all diesen Jahren gepflegt und in seinem Namen Gerechtigkeit gefordert. Wir konnten bei einer der Anhörungen des Gerichtes dabei sein und nahmen ein Foto von Aldo mit, um es in den wenigen Sekunden, in denen es uns möglich war, sowohl den Richtern, als auch dem Unternehmen zu zeigen, damit sie das Gesicht des Menschen sehen konnten, den eine der Kugeln getroffen hat.

Welche Verantwortung siehst du bei Heckler & Koch für die Folgen der Waffenexporte nach Mexiko?

Der Fall von Aldo zeigt, wie wichtig es ist, sichtbar zu machen, welche Folgen der illegale Waffenhandel jenseits des offiziellen Kaufgeschäftes hat: Zu wissen und zu kontrollieren, was mit dem Endverbleib der Waffen geschieht und in welchem Kontext sie eingesetzt werden. Und die Gesichter und Geschichten der Menschen zu zeigen, auf die damit geschossen wird. Die Unternehmen müssen besser kontrolliert werden und Verantwortung für die laxen Rahmenbedingungen bei ihren Waffengeschäften übernehmen, bei denen es ihnen ausschließlich um ihren finanziellen Nutzen geht.

Wir haben zuletzt vor allem über illegale Kleinwaffenexporte nach Mexiko und die Verbindung zum Fall Ayotzinapa berichtet. Welches andere Bild von Mexiko kannst oder möchtest du mit uns teilen?

Ohne jeden Zweifel ist Mexiko ein Land, das in einer Krise steckt, die sich durch Menschenrechtsverletzungen charakterisiert. Ein wichtiger Aspekt davon ist das Verschwindenlassen, das in völliger Straflosigkeit geschieht. Diese Krise hat sich seit dem sogenannten »Krieg gegen den Drogenhandel« weiter intensiviert: Die Gewalt hat sich verschärft, das Militär wird zunehmend für Sicherheitsaufgaben eingesetzt und in vielen Landesteilen arbeiten Sicherheitskräfte mit dem organisierten Verbrechen Hand in Hand. Aber Mexiko ist auch das Land der Würde der Mütter, Väter und Schwestern, die ihre Angehörigen suchen. Die aus Liebe auf die Straße gehen und in die Berge ziehen, um ihre geliebten Menschen zu finden. Und in dem sich Kollektive zusammenschließen, um gemeinsam zu suchen. Ein resilientes Land, das die Abwesenden voller Schmerz benennt, aber zugleich lautstark Gerechtigkeit einfordert.

Vielen Dank, dass du diese Eindrücke mit uns geteilt hast.

Die Fragen stellte **Charlotte Kehne**

Aus dem Spanischen übersetzt von Katja Rameil.
Die ungekürzte Version des Interviews und weitere Informationen zum Thema finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/mexiko.

Portraits der Studenten aus Ayotzinapa vor dem Landgericht Stuttgart
Foto: Simon Bödecker

Sig Sauer muss Millionen zahlen

Weiteres Urteil des Bundesgerichtshofes

Künstlerische Protestaktion auf dem Karlsruher Marktplatz
Foto: Michael Schulze von Glaßer

Über 38.000 Pistolen von Sig Sauer wurden zwischen 2009 und 2011 zunächst in die USA und von dort aus illegal in das Bürgerkriegsland Kolumbien weiterverkauft. Wie der Bundesgerichtshof (BGH) am 1. Juli 2021 bestätigte, muss der Kleinwaffenhersteller dafür nun eine Zahlung von mehr als 11 Millionen Euro an die Staatskasse leisten.

Die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« hatte bereits 2014 Strafanzeige wegen der illegalen Exporte gestellt. In der Folge wurden im Jahr 2019 drei Sig Sauer-Führungskräfte aus Deutschland und den USA vom Landgericht Kiel rechtskräftig zu Bewährungsstrafen und hohen Geldauflagen verurteilt. Die Unternehmensgruppe wehrte sich mit mehreren Revisionen gegen einen Einzug des Umsatzes aus dem illegalen Waffengeschäft. Diese Revisionen wurden nun jedoch vom BGH weitgehend zurückgewiesen.

Erfolg der »Aktion Aufschrei«

Holger Rothbauer, Anwalt der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«, ist mit dem Urteil sehr zufrieden: »Der Bundesgerichtshof hat damit bestätigt, dass illegaler Waffenhandel die Unternehmen teuer zu stehen kommt! Auch wenn die Gesetzgebung gegenüber Waffenhändlern weiterhin zu schwach ist, wird durch dieses Urteil gegen das Unternehmen Sig Sauer illegaler Waffenhandel endlich als das behandelt, was es ist: organisierte Kriminalität!« Nach Heckler & Koch ist Sig Sauer bereits der zweite Kleinwaffenhersteller, der innerhalb weniger Monate wegen illegaler Geschäfte zu Millionenzahlungen verpflichtet wurde.

Wider das Vergessen

»Dieser Fall zeigt wieder einmal, dass der Endverbleib von Kleinwaffen nicht kontrollierbar ist. Ein strenges Rüstungsexportkontrollgesetz inklusive einem Kleinwaffenexportverbot ist mehr als überfällig«, kommentierte Charlotte Kehne von Ohne Rüstung Leben die Urteilsverkündung. Damit die Folgen deutscher Kleinwaffenexporte und die weiterhin kritische Menschenrechtslage in Kolumbien nicht in Vergessenheit geraten, veranstalteten deutsche und kolumbianische Organisationen zeitgleich in Karlsruhe eine künstlerische Protestaktion. Ihre Botschaft: »Egal ob legal oder illegal: Waffen töten – auch lange noch nachdem sie verkauft wurden. Denn sie haben kein Verfallsdatum; sie töten weiter«.

Charlotte Kehne

www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten

Für einen neuen Dialog der Großmächte

Appell für ein neues Gipfeltreffen im Geiste der KSZE

Im Jahr 1975 verabschiedete die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ihre Schlussakte von Helsinki. Sie trug mit zu den Ereignissen bei, die den Kalten Krieg beendeten. Vor diesem Hintergrund spricht sich eine internationale Initiative nun für ein neues Gipfeltreffen der Großmächte im Jahr 2025 aus.

Mehr als 130 Friedens- und Umweltorganisationen aus den nordischen Ländern und allen anderen Ostsee-Anrainerstaaten haben sich mit einem Offenen Brief zu Wort gemeldet. Die Unterzeichnenden – darunter auch Ohne Rüstung Leben – unterstützen den Vorschlag des finnischen Präsidenten Sauli Niinistö, ein neues Gipfeltreffen der Großmächte einzuberufen: »Überall auf der Welt fordern Forschergruppen und Friedensorganisationen an Stelle von Waffengerassel und schiefen Drohbildern einen Dialog der Großmächte miteinander und sie machen Vorschläge, wie ein solcher Dialog geführt und wie Vertrauen mittels offener und umfassender Zusammenarbeit geschaffen werden könne«.

Laut dem Friedensforschungsinstitut SIPRI sind weltweit aktuell über 3.800 Atomwaffen einsatzbereit – mehr als noch vor einem Jahr! In Russland und in den USA werden neue Atomwaffen entwickelt und eingeführt. Die Unterzeichnenden des Offenen Briefes sind daher besonders besorgt über das Risiko eines Atomkrieges in Europa: »In einem Atomkrieg sind alle Verlierer, unabhängig davon, ob der Krieg in Europa oder anderswo stattfindet. Eine neue OSZE-Gipfelkonferenz ist nicht nur wünschenswert, sondern entscheidend für die Zukunft Europas und des Planeten«.

Simon Bödecker

Den vollständigen Offenen Brief finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Frieden in Bewegung: Von Norddeutschland bis an den Bodensee

In über 60 Etappen führte die Friedenswanderung der Natur-Freunde Deutschlands von Hannover bis nach Konstanz. Die Teilnehmenden demonstrierten für globale Abrüstung, eine neue Entspannungspolitik, ein Verbot von Rüstungsexporten sowie einen Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag. Auf der Route lagen Treffen mit Politikerinnen und Politikern, Veranstaltungen, viele Gespräche und Diskussionen – und noch mehr Natur.
Unter www.frieden-in-bewegung.de/blog können Sie alle Etappen noch einmal nachvollziehen sowie Bilder und Videos ansehen.

Teilnehmende der Friedenswanderung kurz vor Frankfurt (Main)
Foto: Arno Weller

Wer steht hier eigentlich wofür?

Friedenspolitische Angebote zur Bundestagswahl 2021

Friedenspolitische Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

In den nächsten Wochen stehen sie wieder überall in Deutschland auf den Straßen: Wahlkampfstände, an denen die Kandidatinnen und Kandidaten um Direktmandate buhlen. Und Plakate, auf denen Parteien mit griffigen Slogans die Zweitstimmen einfordern. Aber wer steht eigentlich für eine zukunftsgerichtete Friedenspolitik? Mit unseren Angeboten zur Bundestagswahl 2021 finden Sie es heraus!

Die Positionen und Versprechen aus den Wahlprogrammen der Bundestagsparteien haben wir auf unserer Webseite kompakt zusammengefasst. So können Sie auf einen Blick herausfinden, welche Partei Rüstungsexporte in Drittstaaten nur »im begründeten Einzelfall« erlauben will, wer plant, die Wehrpflicht wieder einzuführen und bei welcher Partei »ein Deutschland frei von Atomwaffen« im Programm steht.

Friedenspolitische Wahlprüfsteine

Ergänzend haben wir Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021 erarbeitet. Diese bieten eine knappe Einordnung der wichtigsten friedenspolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre. Und sie enthalten einen Fragenkatalog, der möglichst viele Menschen ermutigen soll, das Gespräch mit den Kandidatinnen und Kandidaten ihres Wahlkreises zu suchen. Unsere *Friedenspolitischen Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021* und die Wahlprüfsteine der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« können Sie als kostenlose Flugblätter bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben bestellen. Die darin enthaltenen Fragen haben wir bereits an die Bundeszentralen der großen Parteien gesendet und rechnen damit, die Antworten im August zu veröffentlichen.

Frieden braucht Ihr Engagement

Zusammen mit friedens- und entwicklungspolitischen Organisationen wie Brot für die Welt, Church and Peace und dem forumZFD haben wir zudem die Online-Broschüre *Frieden braucht Ihr Engagement – Was werden Sie dafür tun?* herausgegeben. Diese enthält ausführliche Hintergründe und Wahlprüfstein-Fragen zu Themen rund um Zivile Konfliktbearbeitung, die OSZE, Krisenprävention und Menschenrechte.

Simon Bödecker

Wenn Friedenspolitik für Sie ein wichtiges Wahlkriterium ist, finden Sie alle nötigen Informationen unter www.ohne-ruestung-leben.de/bundestagswahl2021.

So wie hier in Heidelberg werden bald wieder überall Wahlplakate zu sehen sein
Foto: dpa

Verlust menschlicher Kontrolle

Setzt die Bundeswehr bald bewaffnete Drohnen ein?

Die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron am 17. Juni 2019 vor einem FCAS-Modell
Foto: dpa

Die Ankündigung von Norbert Walter-Borjans sorgte auch in den eigenen Reihen für Erstaunen: Seine Partei werde einer Bewaffnung von Bundeswehr-Drohnen vorerst nicht zustimmen, legte sich der SPD-Vorsitzende im Dezember 2020 fest. Nun muss der neue Bundestag nach der Wahl entscheiden. Die CDU witterte übertriebene Emotionalität, angesichts des Vorhabens, fünf geleaste Drohnen vom Typ Heron TP mit Luft-Boden-Raketen auszustatten. Ein genauer Blick zeigt jedoch: Es geht um viel mehr.

Verteidigungsministerium und Bundeswehr fordern schon lange bewaffnete Drohnen. Sie entsprächen »heutigen Einsatzrealitäten« und seien zum Schutz der Soldatinnen und Soldaten sowie für eine »präzise und in der Wirkung angepasste Zielbekämpfung« zwingend erforderlich. Eine Sicht, die man zumindest als einseitig bezeichnen kann: Völkerrechtswidrige Exekutionen in Afghanistan und im Jemen, Grenzverletzungen in Pakistan und der Einsatz sogenannter »Kamikaze-Drohnen« in Bergkarabach zeigen die hässlichen Seiten dieser Technologie. Auch kann von der vielbeschworenen Präzision keine Rede sein: Zahlreiche Todesopfer aus der Zivilbevölkerung sprechen eine andere Sprache.

Aus gutem Grund setzt die Bundeswehr Drohnen bisher nur für Aufklärungszwecke ein. Falls der nächste Bundestag dieses Prinzip kippt, drohen weitreichende Folgen. Anja Dahlmann, Forscherin der Stiftung Wissenschaft und Politik, schreibt in einer Expertise vom September 2020: »Sollte die Heron TP bewaffnet werden, wäre dies der erste Schritt zur Beschaffung weiterer deutscher Kampfdrohnen«. Es geht also schon jetzt um die Frage, ob die 21 Eurodrohnen, die die Bundeswehr in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts erhalten soll, als Aufklärungs- oder als Kampfdrohnen konzipiert werden.

Doch auch die Eurodrohne ist nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zum »Future Combat Air System« (FCAS), dem umstrittenen Prestigeprojekt des deutsch-französischen Rüstungssektors. Ein neuartiges, atomwaffenfähiges Kampfflugzeug, begleitet von bewaffneten und unbewaffneten Drohnen, die permanent über ein satellitengestütztes Netzwerk kommunizieren. Unlängst wurden trotz schwerwiegender Vorbehalte weitere Mittel für das Projekt freigegeben. FCAS soll ab 2040 in der vernetzten, teilautonomen Kriegsführung neue Maßstäbe setzen. Angesichts dieser Aussichten warnt Anja Dahlmann: Der Verlust menschlicher Kontrolle, der mit maschineller Autonomie einhergehe, sei »aus ethischer und rechtlicher Sicht unakzeptabel«.

Simon Bödecker

Seht her, da sind Menschen, die auf Frieden setzen!

Gedenken an Werner Dierlamm

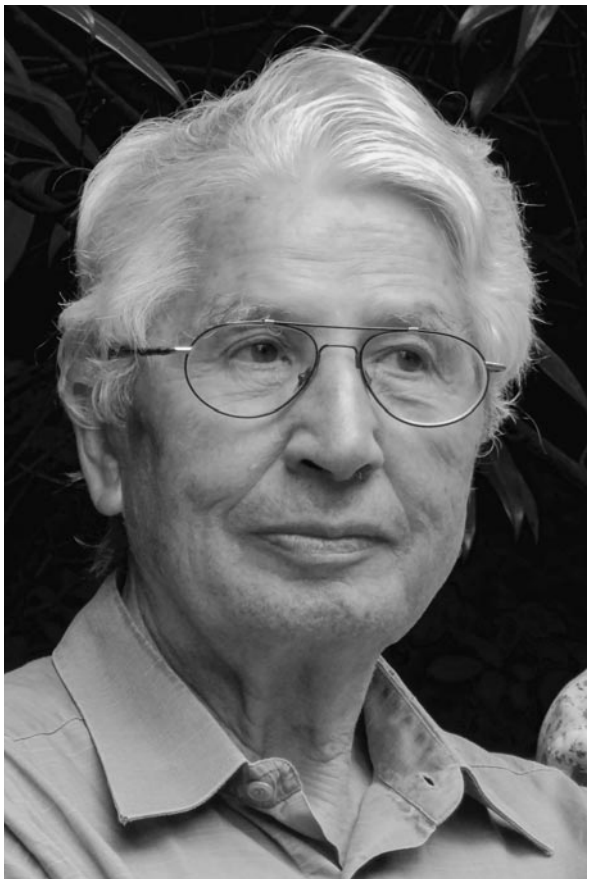

Foto: privat

Der evangelische Pfarrer Werner Dierlamm hatte 1977 die Idee zu einer Selbstverpflichtungserklärung, aus der die Organisation Ohne Rüstung Leben hervorging. Bis zuletzt war Werner Dierlamm weithin bekannt als Verfechter von Frieden und Gewaltfreiheit. Am 25. Mai 2021 ist er im Alter von 93 Jahren gestorben.

»Heute Nacht ist mir eine Idee gekommen …«. So begann Werner oft, wenn wir uns als Engagierte für den Frieden trafen. Dann wussten wir, dass da etwas kommt, das uns in unseren geordneten Überlegungen herausfordern wird. Die erste Idee kam ihm im August 1977 in Mannheim: Wenn die Kirchen, wie vom Ökumenischen Rat 1975 in Nairobi gefordert, »ihre Bereitschaft betonen (sollten), ohne Schutz von Waffen zu leben«, müssten wir doch bei uns selbst anfangen und erklären: »Ich bin bereit, ohne Schutz militärischer Rüstung zu leben« – so Werner Dierlamm. Seine Botschaft in einer schier aussichtslosen Spirale der Aufrüstung: Seht her, da sind Menschen, die bereit sind aus der militärischen Logik auszusteigen und auf einen friedlichen Ausgleich zu setzen. Und tatsächlich zündete diese Idee: In kurzer Zeit unterschrieben über 25.000 Menschen die Selbstverpflichtung.

»Christus hat in seiner Person die Feindschaft getötet. Er kam und verkündete Frieden.« Diese Aussage aus dem Epheserbrief (Epheser 2, 16–17) brachte Werner zu einer weiteren Idee: Wenn Christen durch die Taufe in einer neuen Gemeinschaft von Geschwistern leben, dann muss das auch zur Überwindung der Feindschaft zwischen Staaten und Blöcken beitragen. Sitzblockaden in Mutlangen sollten zeigen: Wir weigern uns, die Menschen auf der anderen Seite als unsere Feinde zu sehen. Und gleichzeitig suchten wir bei Treffen mit christlichen Friedensgruppen in der DDR konkrete Wege zur Überwindung der Mauer.

Immer wieder auf den Weg des Friedens aufgemacht

Und schließlich eine dritte Idee: Die Beteiligung an der Europäischen Friedenskarawane 1991 durch die Länder des auseinanderbrechenden Jugoslawien. Mitten im Krieg der Nachfolgestaaten machten sich 400 Friedensengagierte aus westeuropäischen Ländern zu den unter der Gewalt leidenden Menschen in Slowenien, Kroatien, Serbien und Bosnien auf. Gerade auch da wurde Werner nicht müde, den Weg der Bergpredigt aufzuzeigen. Warum sollten Christen verschiedener Konfessionen nicht auf die gemeinsame Grundlage vertrauen: »Christus ist unser Frieden, der aus beiden eines gemacht hat und den Zaun abgebrochen hat, der dazwischen war« (Epheser 2, 14).

Werner Dierlamm hat sich immer wieder auf diesen Weg des Friedens aufgemacht und uns dabei zu konkreten Schritten in der Nachfolge Jesu herausgefordert. Dafür sind wir dankbar und so wird er uns auch weiter ein Vorbild bleiben.

Reinhardt Seibert

Reinhardt Seibert ist evangelischer Pfarrer im Ruhestand und Gründungsmitglied von Ohne Rüstung Leben.

Menschenkette am Fliegerhorst

25 Jahre Proteste gegen die Atomwaffen in Büchel

Die Androhung des Einsatzes und der Einsatz von Atomwaffen verstoßen grundsätzlich gegen das Völkerrecht – das stellte der Internationale Gerichtshof in Den Haag im Jahr 1996 fest. Fast zeitgleich begannen die Proteste am Fliegerhorst Büchel, dem Stationierungsort der letzten US-Atomwaffen in Deutschland. Auch 25 Jahre später finden Veranstaltungen und Proteste in Büchel statt. Als Höhepunkt ist am 5. September 2021 eine Menschenkette geplant.

Mit der 3,5 Kilometer langen Menschenkette will die Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt« ein Zeichen setzten. Ihre Botschaft: Die neue Bundesregierung muss die nukleare Teilhabe beenden und endlich dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten! Um 13:00 Uhr soll die Kette vom Ort Büchel bis zum Haupttor des Fliegerhorstes geschlossen werden. Im Anschluss findet eine Kundgebung statt.

Unter anderem wird es dort um die aktuell laufende Erneuerung des Militärflughafens für mehr als 250 Millionen Euro gehen. Der Stützpunkt in der Eifel wird dabei wohl auch für die geplante Stationierung neuer US-Atombomben vom Typ B 61-12 vorbereitet. Diese wiederum soll – wenn es nach der aktuellen Verteidigungsministerin geht – mit der Stationierung neuer F/A-18-Trägerflugzeuge einhergehen. Maßnahmen, mit denen die nukleare Teilhabe Deutschlands für die nächsten Jahrzehnte zementiert würde, weshalb die Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt« sie scharf kritisiert und ihren Stopp fordert.

Die Menschenkette in Büchel wird unter Wahrung aller aktuell geltenden Corona-Auflagen stattfinden. Banner und Bänder helfen dabei, die nötigen Abstände einzuhalten.

Die Organisatorinnen und Organisatoren bitten zudem um möglichst frühzeitige Zusagen von Gruppen und Anmeldungen von Einzelpersonen, um den Ablauf optimal vorbereiten zu können.

Simon Bödecker

Mehr Informationen und das Anmeldeformular zur Menschenkette finden Sie unter www.friedenskooperative.de/anmeldung-menschenkette.

Foto: Wikimedia Commons / gemeinfrei

informationen
177 | 2021-3

Liebe Leserin, lieber Leser,

diese Ausgabe unserer Zeitung blickt zurück auf großartige 10 Jahre »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« und die vielen Erfolge, welche die Kampagne zusammen mit Ohne Rüstung Leben schon verzeichnen konnte (Seite 1). Allen, die dieses Engagement begleitet und möglich gemacht haben, danken wir sehr herzlich!

Zu einem solchen Mammutprojekt gehört, immer das große Ganze im Blick zu behalten und sich auch von Rückschritten nicht entmutigen zu lassen. Denn unser Engagement gegen Rüstungsexporte und für eine friedlichere, gerechtere Welt ist noch lange nicht zu Ende: Mit unserer Aktionspostkarte können Sie den Kleinwaffenhersteller Heckler & Koch dazu auffordern, mehr Verantwortung zu übernehmen (Seite 2). Und mit unseren Angeboten zur Bundestagswahl können Sie dafür sorgen, dass das Rüstungsexportkontrollgesetz auf der politischen Agenda bleibt (Seite 8).

Unvermeidbarer Teil einer langen Reise sind auch Abschiede. Und so gedenken wir in tiefer Dankbarkeit Werner Dierlamm, dem Initiator und Gründungsmitglied von Ohne Rüstung Leben. Sein unbeirrbarer Einsatz für Frieden und seine Vision einer Welt ohne Rüstung inspirieren unsere Arbeit bis heute (Seite 10).

Ich wünsche Ihnen friedliche, gesunde Sommerwochen!

Ihre

Kerstin Deibert

Kerstin Deibert

Impressum

Herausgeber
Ohne Rüstung Leben
Arndtstraße 31
70197 Stuttgart
Telefon 0711 608396
E-Mail orl@gaia.de
www.ohne-ruestung-leben.de

Verantwortlicher Redakteur
Simon Bödecker

Auflage:
15.000

Informationen zum Datenschutz:
www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz
oder bei unserer Geschäftsstelle

klimaneutral
natureOffice.com | DE-077-111222
gedruckt

Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart
ZKZ 7014, PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt

Inhalt

1 | **Titel**
10 Jahre »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«

2 | **Aktion**
Das ist noch nicht genug, Herr Koch!

3 | **Hintergrund**
»Hört auf, uns zu töten!«

4 | **Hintergrund**
»Die Würde der Menschen ist unser Motor«
Interview mit der Anwältin Sofia de Robina

6 | **Aktuell**
Sig Sauer muss Millionen zahlen

7 | **Aktuell**
Für einen neuen Dialog der Großmächte

8 | **Aktion**
Friedenspolitische Angebote zur Bundestagswahl

9 | **Hintergrund**
Setzt die Bundeswehr bald bewaffnete Drohnen ein?

10 | **Aktuell**
Gedenken an Werner Dierlamm

11 | **Aktion**
Menschenkette am Fliegerhorst

Spenden

Ohne Rüstung Leben
IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41
BIC GENODEF1EK1 | Evangelische Bank

www.ohne-ruestung-leben.de/spenden